

KARL-HEINZ KREUTZ

Moralische Prinzipien der Außenpolitik

In einem Vernunftstaat würde es keine Außenpolitik, sondern nur eine Weltinnenpolitik geben,¹ aber bis es dahin kommt, ist die Regelung der Außenpolitik eine der wichtigsten und schwersten Aufgaben jeder moralischen Politik. Dies ergibt sich einerseits daraus, daß die Existenz eines Staates von äußeren Rahmenbedingungen abhängt, die sich schneller und unvorhersehbarer wandeln können als innere; andererseits sind die moralischen Prinzipien, die die Außenpolitik bestimmen, viel komplexer als diejenigen der Innenpolitik, gerade weil der Ausbruch von Gewalt, bei Fehlen eines gemeinsamen Richters mit Zwangsgewalt, näherliegt als im Innenverhältnis; die moralische Situation wird noch schwieriger, wenn die einander gegenüberstehenden politischen Verbände über keine gemeinsame Sittlichkeit verfügen.

Die unterschiedliche Natur von Innen- und Außenpolitik hat einige Theoretiker der internationalen Beziehungen dazu verleitet, die Außenpolitik als moralfreien Raum zu deuten, während in Wahrheit eine universalistische Ethik nur behaupten kann, daß aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen dieselben allgemeinen moralischen Prinzipien zu diversen konkreten Normen führen müssen.² Noch abwegiger ist die Auffassung, eine Moralisierung der Außenpolitik sei geradezu gefährlich, weil sie zu Kriegen führen könne. Der Schule der Realisten in der Außenpolitik verdanken wir wichtige Einsichten in die Mechanismen der politischen Welt, und auch die normativen Vorschläge, die sie machen, sind oft bedenkenswerter als die der abstrakten Moralisten, da man ohne korrekte deskriptive Prämissen nicht zu den richtigen konkreten Normen kommt. "In so gefährlichen Dingen, wie der Krieg eins ist, sind die Irrtümer, welche aus Gutmütigkeit entstehen, gerade die schlimmsten",³ schrieb v. Clausewitz im Jahre 1832. Klare Einsichten in die Natur moralischer Verpflichtungen sucht man bei den Realisten aber vergeblich. Hans Morgenthau "Politics Among Nations" gehört zu den großen Büchern dieses Jahrhunderts, aber zu viele seiner normativen und besonders seiner metaethischen Aussagen⁴ sind falsch und widersprüchlich.

Gerade in der modernen Welt, bei ihrer weitgehenden Globalisierung der wirtschaftlichen und ökonomischen Probleme, ist von einem gewissen Primat der

¹ v. WEIZSÄCKER, C.F.: *Bedingungen des Friedens*. Göttingen 1964, S. 9.

² Vgl. MAXWELL, M.: *Morality among Nations*. Albany, New York 1990, wo die wichtigsten Argumente für und gegen eine Moralisierung der Außenpolitik aufgezählt werden.

³ v. CLAUSEWITZ, C.: *Vom Kriege*. 28. Aufl., Bonn 1973 (erstmalig 1832), S. 192.

⁴ MORGENTHAU, HANS: *Abgrenzung von Moral und Politik*. 1980, S. 6.

Außenpolitik auszugehen, wenigstens für diejenigen Staaten, die über eine große Palette außenpolitischer Optionen verfügen, also die Groß- und Supermächte. Für diese ist eine isolationistische Politik, d.h. eine Politik, die auf eine aktive Außenpolitik verzichtet, moralisch nicht akzeptabel, weil sich Gerechtigkeit und Ordnung in der internationalen Politik noch viel weniger von selbst ergeben als auf einem Markt, der ja in eine mit Zwangsgewalt geschützte Rechtsordnung eingebettet ist. Wer Macht hat, muß sie zum allgemeinen Besten ausüben, wenigstens sofern sein Verzicht auf die Macht deswegen keine gangbare Alternative ist, weil er das Chaos vergrößern würde.

Gleichzeitig ist die Außenpolitik kratisch besonders schwierig, denn erstens muß sich, gerade bei einem mächtigen Staat, eine Politik auf interne Zustimmung stützen; die Bewohner anderer Staaten sind bei einem politisch souveränen Staat kein direkter Faktor der Macht des Machthabers. Da kollektive Identitäten durch die Absetzung von anderen Menschen und Nationen gefestigt werden können, ist es zweitens eine naheliegende Versuchung, durch die Schaffung oder Verschärfung äußerer Spannungen eine innere Krise zu überwinden.

1. Moralische Außenpolitik in Friedenszeiten

Die Vermeidung des Krieges ist die erste Aufgabe der Außenpolitik, allerdings nicht die einzige. Wer die Außenpolitik darauf begrenzte, würde sowohl zuviel als auch zuwenig fordern. Zuwenig, weil aktive Friedenspolitik mehr involviert als Kriegsvermeidung, da ein guter Außenpolitiker Chancen der positiven Zusammenarbeit zwischen den Staaten entdecken und ausnützen, ja da er langfristig einer Fusion von Staaten bzw. der Bildung supranationaler Organisationen vorarbeiten soll. Zuviel, weil es durchaus Situationen gibt, in denen dem Krieg aus dem Wege zu gehen bedeutet, das zu verlieren, was durch den Frieden bewahrt werden sollte, nämlich menschliches Leben. Werden grundlegende moralische Prinzipien verletzt, kann es eine sehr vernünftige Entscheidung sein, nicht um jeden Preis leben zu wollen, zumal wenn dies anderen Menschen die Gelegenheit verschafft, wieder in einer gesitteten, die Rechtsidee respektierenden Welt zu leben. Kaum eine Frage ist in einer moralischen Theorie der Außenpolitik wichtiger als die, wann ein Krieg gerecht ist oder, da der Krieg stets ein Übel ist, wann er wenigstens gerechtfertigt ist.

Wie ein guter Innenpolitiker sowohl die faktischen Machtverhältnisse im Inland kennen als auch über eine moralische Vision verfügen muß, so bedarf der tüchtige Außenpolitiker einer adäquaten Einschätzung der Machtverteilung im internationalen Kräftefeld wie auch einer Perspektive, auf welche Weise der internationale Status quo im Sinne moralischer Forderungen weiterentwickelt werden könnte. Seine moralischen Pflichten betreffen keineswegs nur die Bürger seines eigenen Staates: Diese Vorstellung ist auf universalistischer Grundlage scharf abzulehnen, auch wenn sich die Menschheit nur spät zur Anerkennung allgemeiner Menschenrechte erhoben hat.⁵ Die Ausbeutung eines anderen Volkes ist stets unrecht, und sie wird nicht gerecht dadurch, daß sie vom eigenen Volke gebilligt wird. Nur die subjektive Schuld wird gemindert, wenn man in einer Sittlichkeit lebt, die keine internationalen Gerechtigkeitsprinzipien

⁵ KONDYLIIS, PANAJOTIS: *Planetarische Politik nach dem Kalten Krieg*. Berlin 1992, S. 112–120.

anerkennt; keineswegs verschwindet das objektive Unrecht einer entsprechenden Politik. Allerdings läßt sich sagen, daß etwa eine aggressive Politik im Rahmen einer internationalen Sittlichkeit, die derartige Handlungen billigt, ja für selbstverständlich hält, insofern eine gewisse Rechtfertigung erhält, als im Kontext einer solchen Sittlichkeit der Angriff sehr leicht als Prolepse eines gegnerischen Angriffs gedeutet werden kann; und es ist in der Tat einzuräumen, daß der Staatsmann im Konfliktfall eine Verantwortung eher gegenüber dem eigenen Volke als gegenüber einer fremden Nation trägt. Das ergibt sich aus dem besonderen Vertrauensverhältnis, das ihn mit seinem Volke verbindet. In der Demokratie ist sein Amt ausdrücklich ein Auftrag, den er vom Volke erhalten hat, und selbst in monokratischen Staatsformen bezieht der Herrscher seine Legitimität daraus, daß er sich, wenigstens der Ideologie nach, in besonderer Weise um seine Untergebenen kümmert, die er verriet, wenn er ihre legitimen Interessen denjenigen anderer ohne äußeren Druck und ohne moralische Notwendigkeit opferte. Ein guter Außenpolitiker muß hart verhandeln können, aber nur im Rahmen dessen, was gerechterweise gefordert werden kann. In jedem Fall verdienen jene Politiker weitaus mehr Achtung, denen etwa eine Humanisierung des Kriegechts zu verdanken ist, von der alle Völker profitieren, als jene, die durch blutige Aggressionskriege ihr Staatsgebiet vergrößert haben.

a) Auswärtige Kulturpolitik

Da die Bewahrung einer Vielzahl von Kulturen gerade auf der Grundlage einer universalistischen Ethik moralisch geboten ist, gehören zu den wichtigen Aufgaben der Außenpolitik die Darstellung der eigenen Kultur und die Bemühung um ein Verständnis der Kulturen fremder Staaten. Es kann kein moralisches Ziel sein, die eigene kulturelle Identität aufzugeben, sofern und soweit sie nicht elementaren moralischen Prinzipien widerspricht, wie es umgekehrt keine vernünftige Zielsetzung einer Außenpolitik sein kann, sich von fremden Kulturen abzuschotten; denn das hieße, sich unfähig zu machen, von denen Errungenschaften möglichst viel zu lernen.

Allerdings kann es Konflikte zwischen den beiden Zielsetzungen der Selbstbewahrung und der Offenheit geben. Manche vormoderne Kultur konnte ihre eigene Sittlichkeit nur erhalten, indem sie sich der Auseinandersetzung mit anderen entzog. In solchen Situationen kann das Gebot der Selbsterhaltung eine Begrenzung der kulturellen Auslandskontakte legitimieren. Der Katholik Montesquieu hat in einigen Kapiteln von "De l'Esprit des lois",⁶ die manchen seiner Zeitgenossen ein Ärgernis waren, Verständnis für jene Staaten bekundet, die Missionare fremder, auch christlicher Staaten nicht zuließen, weil dies eine Destabilisierung der eigenen Gesellschaft zur Folge haben müsse. Doch ist dazu zweierlei zu sagen: Erstens ist es eines der Kriterien für erfolgreiche Entwicklung, wenn eine Kultur sich die Auseinandersetzung mit anderen erlauben und auf einem hohen Niveau vollziehen kann. Zweitens ist eine gewisse Angleichung der Kulturen Voraussetzung für eine reale Anerkennung völkerrechtlicher Normen; und so sehr Europa in seiner Geschichte darin gesündigt hat, daß es die eigene Kultur anderen Völkern, oft mit Gewalt, aufgepfropft hat, so naiv wäre es zu bestreiten, daß einer der Gründe für den euro-

⁶ MONTESQUIEU: *De l'esprit des lois*. 1748, 25.10 und 15.

päischen Erfolg die gemeinsame Religion war, über die der Kontinent verfügte und die die Zahl der Konflikte gemindert und diese entschärft hat.

Eine ideale auswärtige Kulturpolitik sollte gewiß auf Gegenseitigkeit basieren. Wenngleich sicher nicht alle Kulturen gleich viel geleistet haben, hat doch jede Kultur ein Gebiet, auf dem sie Beachtliches hervorgebracht hat, und der aufrichtige Wille, diese Werke zur Kenntnis zu nehmen und von den Werten der betreffenden Kultur zu lernen, schafft einerseits Vertrauen, gestattet andererseits die Vermittlung der eigenen Kultur, ohne daß dies als imperialistisch empfunden würde. In Anbetracht der Bedeutung der interkulturellen Dimension der Außenpolitik ist die Entscheidung derjenigen Staaten als klug zu bewerten, die gerne führende Intellektuelle als Botschafter zumindest bei jenen Staaten einsetzen, mit denen militärische Verwicklungen nicht zu befürchten sind.

Einerseits haben produktive interkulturelle Begegnungen einen geistigen Wert; sie haben oft genug die Kulturentwicklung gefördert, da in der Synthese von Unterschiedlichem das eigentliche Geheimnis der Kreativität besteht. Andererseits liegt der politische Nutzen des gegenseitigen kulturellen Verständnisses auf der Hand. Kriege entspringen nicht nur, aber auch der Angst vor dem Fremden. Daher ist es ein bedeutsamer Beitrag zur Friedenssicherung, Vorurteile und Klischees zu überwinden, die Logik dieses Fremden zu erklären, ja mehr noch: in ihm eine Form des menschlichen Strebens nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Schönheit zu erkennen. Andererseits ist zu befürchten, daß nach dem Ende des Kalten Krieges die Aggressivität des Menschen sich an kulturellen Differenzen festmacht, so daß letztere – und nicht mehr Unterschiede im Wirtschaftssystem – zur Ursache von Konflikten und von Kriegen werden.⁷

Die Offenheit gegenüber anderen Kulturen kann nicht bedeuten, daß die Verletzung absoluter moralischer Prinzipien hingenommen wird. Die Menschenrechte sind universal gültig, und ihre Mißachtung durch andere Staaten ist zu kritisieren und keineswegs im Namen eines ethischen Realismus zu dulden. Auch die Begrenzung des Kulturaustausches sowie der wirtschaftlichen Beziehungen ist ein legitimes Druckmittel, um auf die Bedeutung der Menschenrechte hinzuweisen, allerdings nur sofern der betreffende Staat klare Zielsetzungen mit Stetigkeit verfolgt.

Allgemein hat eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik folgende Prinzipien zu berücksichtigen. Erstens werden auch in einem Krieg grundlegende Güter geopfert; militärische Maßnahmen zur Durchsetzung der Menschenrechte sind daher nur selten angebracht, und sie dürfen nie zu viele Opfer kosten. Es wäre nicht nur äußerst unklug, sondern auch zutiefst unmoralisch, einen dritten und letzten Weltkrieg um der Menschenrechte willen zu riskieren, denn den Gefolterten und zu Unrecht Inhaftierten ist mit einem nuklearen Weltenbrand nicht geholfen.⁸ Auch bei der Entscheidung für Wirtschaftssanktionen muß sichergestellt sein, daß nicht gerade die Opfer des Systems diejenigen sind, die am meisten darunter leiden. In der Tat sind

⁷ Dies ist die bekannte These S. VON HUNTINGTON, S.P.: *The Clash of Civilizations?* in: *Foreign Affairs* 72/3 (1993), S. 22–49..

⁸ So hat schon Las Casas gegen das noch von Vitoria akzeptierte Argument, die Rettung unschuldiger Menschen vor ihrer Opferung durch die Azteken sei ein Rechtfertigungsgrund für die spanische Eroberung Amerikas, eingewendet, letztere habe unvergleichlich mehr Opfer zur Folge gehabt, als die Einheimischen zu verantworten gehabt hätten; Las Casas, Fr. B. de: *Tratados*, 2 Bde., Mexiko 1965, I S. 509.

zweitens stets die realen Interessen derjenigen zu berücksichtigen, die man mit der an den Menschenrechten orientierten Politik unterstützen will, nicht die Bedürfnisse der eigenen Wählerschaft nach moralischer Entrüstung. Drittens ist ein Sinn für die Hierarchie der Menschenrechte wesentlich, insbesondere für den implikativen Charakter mancher positivrechtlich als "Menschenrecht" bezeichneten Norm. Eine bessere Kenntnis der eigenen Geschichte würde häufig schon genügen, um zu begreifen, daß demokratische Mitbestimmungsrechte nicht auf jeder Entwicklungsstufe sinnvoll sind, während dagegen zur Tagesordnung gehörende Folter auf keiner Stufe legitim sein kann. Viertens sollte das Plädoyer für Menschenrechte den grundlegenden Normen der Ethik der Ethik nicht widersprechen. So sollte es zum einen von der Bereitschaft begleitet sein, bei der Institutionalisierung der eingeklagten Rechte Hilfe zu leisten, da allein dies beweisen kann, daß es einem nicht um die Demütigung der fremden Regierung, sondern um die Linderung von Leid geht. Zum anderen sollte der kritisierende Staat eigene Schwächen einräumen und zu verstehen geben, daß er für berechtigte Kritik offen ist. Schließlich sollte bei der Kritik an einer anderen Sittlichkeit immer wieder versucht werden, an die Werte anzuknüpfen, die in ihr schon anerkannt sind. Gewiß haben die Menschenrechte eine westliche Genese, aber wer an ihre transzendente Begründbarkeit glaubt, muß versuchen, Spuren von ihnen auch in anderen Kulturen zu entdecken.⁹ Insbesondere muß klargemacht werden, daß das Bestehen auf Prinzipien der Ethik nicht deswegen stattfindet, weil es – zufälligerweise – gerade die eigenen sind, sondern weil es die universalen sind, deren Beachtung in aller Interesse ist und die die bestmögliche Grundlage für den Respekt der Angehörigen fremder Kulturen darstellen. Eine bloße Oktroyierung selbst der höchsten moralischen Normen von außen ist aussichtslos, ja, sie wird auf heftigen Widerstand stoßen.

Die kulturelle Begegnung sollte sich, sofern das finanzierbar ist, nicht auf Kontakte zwischen den Eliten eines Landes beschränken. Internationale sportliche Wettbewerbe können dazu dienen, die gegenseitige Sympathie zu fördern und die menschliche Aggressivität in geordnete Bahnen zu kanalisieren; sie können freilich ebenso die primitivsten nationalen Instinkte aufputzen, bis hin zu Kriegen. Auch der Jugendaustausch kann ein wichtiges Mittel sein, schon früh Verständnis für die jeweils andere Kultur zu wecken.

b) Auswärtige Wirtschafts- und Umweltpolitik

Spätestens seit Montesquieus "De l'Esprit des lois" gehört zu den Grundgedanken des Liberalismus die Überzeugung, daß wirtschaftliche Interaktionen zwischen verschiedenen Staaten – im Idealfall der Freihandel – positiv zu bewerten seien. Für stabile Handelsbeziehungen sprechen nicht nur wirtschaftliche Gründe, sie haben auch eine pazifizierende Wirkung, weil sie beweisen, daß friedliche Kontakte in beiderseitigem Interesse sind. Gewiß gibt es Kriege aus wirtschaftlichen Gründen, etwa um die Kontrolle von Ressourcen, aber im allgemeinen haben die meisten Kaufleute ein Interesse an der Fortsetzung des Friedens, weil er den Handel erleichtert. Die

⁹ Ein derartiger Versuch findet in dem bemerkenswerten Buch von KÜHNHARDT, L.: *Die Universalität des Menschenrechts*. München 1987, leider zu wenig statt.

wechselseitige wirtschaftliche Verflechtung kann sogar so groß werden, daß ein Krieg gegeneinander faktisch gar nicht mehr möglich ist; die Europäischen Gemeinschaften wurden nach der Katastrophe der beiden Weltkriege auch aus diesem Grunde in die Wege geleitet.

Montesquieu hat zu Recht darauf hingewiesen, daß mit dem Aufkommen des Handelsgeistes Tugenden der traditionellen Welt wie Gastfreundschaft verschwinden¹⁰, aber wenn die Kehrseite jener Großzügigkeit die Ansicht war, man dürfe sich rauben, was man brauche, ist dieses Verschwinden hinzunehmen.

Gewiß bedeutet die Auslieferung an den Weltmarkt eine partielle Begrenzung der Souveränität des Staates, aber diese Begrenzung ist, sofern sie kontrolliert und wechselseitig erfolgt, ein wichtiges Ziel moralischer Außenpolitik. Die Globalisierung der Wirtschaft ist nicht rückgängig zu machen; die Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung der Gastländer durch die ausländischen Vertretungen sowie die Weitergabe der entsprechenden Informationen an die wirtschaftspolitischen Entscheidungszentren zu Hause ist eine viel bessere Voraussetzung für eine intelligente und langfristige Wirtschaftsförderung als protektionistische Reaktionen. Daß bei der Unangemessenheit der Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft der Welthandel furchtbaren ökologischen Schaden anrichtet, ist offenkundig, aber das spricht nur für eine Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, nicht für eine grundsätzliche Beseitigung des Welthandels. Eine Umwelt-Außenpolitik¹¹ muß die auswärtige Wirtschaftspolitik begleiten. Die Begrenzung einerseits der Umweltverschmutzung, andererseits des Ressourcenverbrauchs muß in völkerrechtlichen Verträgen – etwa zwischen den Anrainerstaaten eines Meeres – ausgehandelt werden; ja, die Bildung einer eigenen internationalen Institution, die ökologische Grenzwerte setzt, ist unabdingbar.

Die Förderung des Handels geschieht einerseits durch Zollsenkungen, andererseits durch die Bekämpfung der nicht-tarifären Handelshemmnisse; zu letzteren gehören etwa mengenbeschränkende oder preispolitische Maßnahmen oder die staatliche Bevorzugung inländischer Produzenten. Ein System fester Wechselkurse ist ceteris paribus einem solchen flexibler Wechselkurse vorzuziehen, weil starke Wechselkurschwankungen einen dauerhaften Handel gefährden können; es setzt freilich eine finanzpolitische Abstimmung zwischen den betroffenen Staaten voraus, die bis zu einer Währungsunion gehen kann. Eine besondere Besteuerung der – sehr hohen – Gewinne aus Währungsspekulationen, wie es J. Tobin vorgeschlagen hat, ist nicht nur gerecht und als Einnahmequelle sinnvoll, sondern auch wegen ihrer Lenkungswirkung.¹² Zu erwähnen ist ferner die Weiterentwicklung des internationalen Privatrechts, das Konflikte zwischen Handelspartnern aus verschiedenen Ländern zu lösen gestattet. Die grundlegenden Prinzipien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT bz. WTO) sind die Meistbegünstigung, die bilaterale Liberalisierungsfortschritte multilateral wirksam werden läßt, und die Nichtdiskriminierung, nach der zulässige Ausnahmen vom Verbot mengenmäßiger Beschränkungen

¹⁰ MONTESQUIEU. a.a.O., 20.2 (II 10)

¹¹ Zum Begriff vgl. v. WEIZSÄCKER, E.U.: *Erdpolitik*. Darmstadt 1989, S. 203 ff.

¹² Vgl. FELIX, D.: *The Tobin tax proposal. Background, issues and prospects*. in: The United Nations: Policy and Financing Alternatives, hrsg. von Cleveland, H./Henderson, H./Kaul, I., Washington 1995, S. 195–208.

für alle Partner gelten müssen. Damit soll garantiert werden, daß die Handelserleichterungen sich gleichmäßig auswirken und nicht zur Bildung neuer Blöcke führen. In der Tat ist das Großartige an der Idee des GATT ihr universalistischer Charakter – im Prinzip können alle Staaten dem Abkommen beitreten, das sich zwar nicht *de jure*, aber doch *de facto* längst zu einer internationalen Organisation verfestigt hat. Von den vom GATT anerkannten Ausnahmen zur Meistbegünstigungsklausel, die u.a. den Handel innerhalb von Zollunionen und Freihandelszonen betreffen, sind am interessantesten die Allgemeinen Zollpräferenzen der Industrieländer zugunsten der Entwicklungsländer, in denen auch auf das Prinzip der Reziprozität verzichtet wird – ihnen liegt die richtige Einsicht zugrunde, daß das Bestehen auf formaler Gleichheit bei massiver Ausgangsungleichheit eine Ungerechtigkeit darstellt. Zwar darf man sich keinen Illusionen hingeben: Die scheinbar großzügige Vorzugsbehandlung der Entwicklungsländer findet nur in jenen Bereichen statt, in denen sie nicht wirklich konkurrieren können; aber immerhin drückt jenes Prinzip die Anerkennung eines komplexen Gerechtigkeitsbegriffes aus.

c) Entwicklungshilfe

Eine klassische Auffassung der Moral der Außenpolitik geht davon aus, daß moralische Pflichten im Außenverhältnis sich ausschließlich aus dem Eigeninteresse einer Nation, im Idealfall aus der Übereinstimmung der Interessen mehrerer Staaten ergeben. Nach dieser Position ist eine einseitige Leistung zugunsten einer anderen Nation nicht nur keine moralische Pflicht, sondern letztlich sogar ein Verrat am Interesse der eigenen Bevölkerung. So wurde eine materielle Ausgleichspflicht zwischen den Staaten ohnehin in der Vergangenheit, sie wird aber auch noch im derzeitigen Völkerrecht abgelehnt. Die im Rahmen der UNCTAD getroffene Absprache, die Industriestaaten sollten 0,7 % des Bruttosozialprodukts in die Entwicklungshilfe stecken, wurde nie als völkerrechtlich verbindlich angesehen und entsprechend auch kaum eingehalten. Allerdings ist diese Position mit einer universalistischen Ethik nicht kompatibel, insbesondere nicht mit der Anerkennung sozialer Grundrechte. Angesichts der faktischen Ungleichheit zwischen den Staaten entspricht jene Auffassung dem Grundfehler des extremen Wirtschaftsliberalismus, die Rechtsidee auf den Schutz gleicher Abwehrrechte im Rahmen des Status quo zu reduzieren. Dagegen ist es moralisch, ja naturrechtlich klar, daß alle Menschen ein Recht darauf haben, nicht zu verhungern, und nach der Anerkennung und Durchsetzung sozialer Grundrechte im Inneren der reichen Staaten ist die Verweigerung von Hilfe bei der Bekämpfung absoluter Armut im Ausland nicht einleuchtend.¹³ Mit der Ungleichheit der Staaten, die die Gegenwart kennzeichnet, kann man sich auch deswegen um so weniger abfinden, weil die Gleichheit einer der Grundwerte der Moderne ist und weil das Ausmaß der internationalen wirtschaftlichen Kooperation Ausgleichsmechanismen zwischen den Staaten in besonderem Maße moralisch dringend macht.

¹³ KLEIN, ECKART. *Universeller Menschenrechtsschutz – Realität oder Utopie?* in: EUGRZ 1999, S. 109–115, S. 109 ff.

Dennoch gibt es ein wichtiges, moralisch relevantes Argument für die unterschiedliche Behandlung von eigenen und fremden Staatsangehörigen, nämlich die schon mehrfach erwähnte Tatsache, daß die Vielheit der Staaten eine Bedrohung darstellt; und es kann schwerlich eine Pflicht sein, möglichen Feinden zu helfen. Man kann etwa von Israel vor einer Friedenslösung in Syrien nicht erwarten, daß es ein Land unterstützt, das es gleichzeitig bedroht.¹⁴ Aber dort, wo eine äußere Bedrohung nicht besteht und auch nicht zu erwarten ist, besteht eine Pflicht zur Hilfe fremder Staaten, um so mehr, wenn man eine konkrete Verantwortung für die gegenwärtige Lage trägt, z.B. als ehemalige Kolonialmacht. Eine derartige Hilfe könnte unter den Bedingungen der Moderne, bei zunehmender Verflechtung aller Staaten, zudem ein Beitrag zur Erhaltung eines dauerhaften Friedens, ja zur Bildung universalstaatlicher Strukturen sein, weil sie den Gedanken einer allgemeinemenschlichen Solidarität stärkt; sie ist also im wohlverstandenen Eigeninteresse. Daher ist sie durchaus mit allgemeinen Steuern zu betreiben, denn Frieden ist ein kollektives Gut.

Allerdings ist eine derartige Hilfe aus verschiedenen Gründen wesentlich schwieriger, als es zunächst erscheint, und zwar nicht nur, weil sie im Inneren nicht zu leicht zu vermitteln ist wie Umverteilungen zugunsten der Wähler. Erstens ist Entwicklungshilfe oft auch, oder sogar primär im Eigeninteresse; dies erlaubt es zwar, sie im eigenen Lande besser zu legitimieren, verwickelt sie aber gleichzeitig in ein Geflecht von Abhängigkeiten, die es nicht ohne weiteres glaubwürdig erscheinen lassen, daß die Entwicklungshilfe etwas anderes ist als eine Form verkappten Handels. So stehen etwa hinter einem Drittel der westlichen Entwicklungshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg eindeutig egoistische Interessen.¹⁵ Diese können direkt wirtschaftlicher, aber auch militärischer oder ideologischer Art sein. Schon in der Antike spielten Zahlungen, aber auch ideologische Dienstleistungen entwickelterer Staaten, etwa des Römischen Reiches, an weniger entwickelte eine wichtige Rolle, um bestimmten außenpolitischen Zwecken vorzuarbeiten.¹⁶ Nun ist das Verfolgen von Zwecken an sich keineswegs schlecht; es kommt stets auf die konkreten Zwecke an. Aber der Verdacht drängt sich leicht auf, daß sie ausschließlich im Interesse des Geberlandes sind; und dieser Verdacht vergiftet leicht die Beziehungen; "Gabe" und "Gift" hängen bekanntlich etymologisch zusammen. Zweitens ist jede Hilfeleistung insofern problematisch, als sie einen Eingriff in die Autonomie des anderen darstellt und daher oft Abhängigkeiten, die sie überwinden wollte, vergrößern und die Fähigkeit zur Selbsthilfe lähmen kann. Da aber der moderne Begriff der Entwicklung auf dem Gedanken der Autonomie basiert, ist die pointierte Bemerkung Th. Kesselrings nicht unzutreffend, der Begriff der Entwicklungshilfe widerspreche sich geradezu selbst.¹⁷

Drittens kann die Einflußnahme durch eine entwickeltere Gesellschaft, sei sie noch so gut gemeint, die faktische Sittlichkeit der zu unterstützenden Gesellschaft tief erschüttern, und zwar um so mehr, je größer der Abstand zwischen beiden Gesellschaften ist. Einerseits ist eine derartige Erschütterung unvermeidlich, weil die tradierte Sittlichkeit in der Regel der tiefste Grund für die Unterentwicklung ist;

¹⁴ Vgl. DOYLE, M.W.: *Empires*. Ithaca/London 1986, S. 338 ff, bes. 342.

¹⁵ Vgl. LUMSDAINE, D.H.: *Moral Vision in International Politics*. Princeton, NJ 1993, S. 4.

¹⁶ Vgl. ALTHEIM, F.: *Entwicklungshilfe im Altertum*. Reinbek 1962.

¹⁷ KESSELRING, TH.: *Entwicklungshilfe – ethische Aspekte*. in: Leisinger, K.M./Höfle, V. (Hrsg.): *Entwicklung mit menschlichem Antlitz*, München 1995, S. 229.

andererseits ist nicht jede Erschütterung heilsam, weil sie die Selbstachtung vernichten kann, ohne die eine produktive Änderung nicht möglich ist. Eine exogen induzierte Moralität hat manchmal noch größere Schwierigkeiten als die endogen entstandene, von den Vertretern der alten Sittlichkeit akzeptiert zu werden, und zwar dann, wenn man dem Ausland mit Mißtrauen begegnet; gehört es hingegen zur traditionellen Sittlichkeit, daß man zu ihm aufblickt, dann hat es die von außen begünstigte Moralität umgekehrt leichter, weil sie auf die dort schon erfolgte Bewährung der neuen Vorschläge verweisen kann. Die Erschütterung der faktischen Sittlichkeit ist, wie gesagt, deswegen unvermeidlich, weil kaum ein Zweifel daran bestehen kann, daß oft nicht so sehr der Mangel an Ressourcen und die koloniale Vergangenheit das Haupthindernis für eine Entwicklung sind als vielmehr bestimmte Mentalitäten, schlechte Verfassungen und unfähige und korrupte Regierungen. Wie aber deren Kritik bei gleichzeitiger Anerkennung des völkerrechtlichen Prinzips der souveränen Gleichheit möglich sein soll, ist das vierte Problem. Im Grunde wird dieses Prinzip durch jede asymmetrische Beziehung verletzt, und jede Hilfe konstituiert eine solche Relation. Zwar wird Hilfe gerne gesehen, aber ihre Kehrseite, das Vorschreiben von Konditionen, gilt als ungerechtfertigt. Dennoch ist unschwer zu begreifen, daß die Auflage von Bedingungen legitim sein kann; es hängt von ihrem Inhalt ab.

Nicht auszuschließen ist auch, daß es einige Länder gibt, die nicht in der Lage sind, sich selbst unter den Bedingungen der Moderne zu verwalten. So wie prima facie ein Verbot der Intervention gegen den Willen eines Staates besteht, so gibt es für reichere und besser organisierte Staaten eine Pflicht, eine Art politische Vormundschaft für unterentwickelte Staaten zu übernehmen, wenn diese darum bitten, auch wenn eine solche Übernahme Umverteilungen aus dem eigenen Land zugunsten der Ärmern des anderen Landes zur Folge hat, denn das einzige Argument gegen derartige Umverteilungen, die etwaige Bedrohung durch einen auswärtigen Staat, ist hier nicht stichhaltig. Auch wenn eine derartige Asymmetrie möglichst kurz dauern sollte, ist sie doch dann moralisch akzeptabel, wenn sie der einzige Weg ist, eine größere Symmetrie zu erreichen, oder wenn sie letztlich zu einer Union gleichberechtigter Gliedstaaten führen soll. Vertikale Verantwortlichkeit ist besser als horizontale Gleichgültigkeit gegenüber massivster materialer Ungleichheit, die mit formaler Gleichheit durchaus kompatibel ist. Wenn derartige Mandats- oder Treuhandgebiete von der Völkergemeinschaft einvernehmlich eingerichtet werden, ist gegen sie moralisch nichts, gegen die Weigerung reicher Staaten, ihre Verwaltung zu übernehmen, hingegen viel einzuwenden. Sie entspricht, wenn auch auf der Ebene der Unterlassung, dem Wunsch der reicheren Gebiete eines Staates nach Sezession.

2. Gerechte Kriege

Keine Entscheidung darf einem Staatsmann schwerer fallen als die zu einem Krieg bzw. Bürgerkrieg. Besonders unheimlich am Krieg ist die Alterierung der zwischenmenschlichen Beziehungen. Personen, die vorher gute Bekannte waren, können plötzlich in die Situation kommen, einander erschießen zu müssen; die Macht der

Maschinerie vernichtet jede unmittelbare Herzlichkeit gegenüber den Mitmenschen.¹⁸ Dennoch ist das gute Gewissen, mit dem Kriege meist geführt werden, nicht immer unbegründet, denn es gibt gerechte Kriege, und man kann auch dadurch schuldig werden, daß man nicht zu den Waffen greift.

Kaum eine Frage der Politischen Philosophie ist so schwer zu beantworten wie die, wann ein Krieg gerecht ist, und bei kaum einer anderen ist die persönliche Schuld jener Intellektuellen größer, die sich mit einer leichtfertigen Antwort begnügen. Die Antwort kann sich nicht einfach an den Bestimmungen des geltenden Völkerrechts orientieren, auch wenn sie natürlich zu berücksichtigen sind, aber das positive Völkerrecht ist ebensowenig wie anderes positives Recht der letzte Maßstab der Moral. Einerseits waren die meisten Angriffskriege auch zu einer Zeit unmoralisch, als sie das Völkerrecht noch nicht ausschloß, andererseits sind Maßnahmen zur Verteidigung der eigenen Existenz in der Regel auch dann berechtigt, wenn sie positivem Völkerrecht widersprechen. Solange die Völkergemeinschaft z.B. nicht in der Lage ist, die Existenz eines Staates zu garantieren, kann sie ihm nicht das Recht zur Selbstverteidigung und zu den dafür erforderlichen Maßnahmen absprechen.

Glücklicherweise haben sich manche bedeutenden Denker mit der Theorie des gerechten Krieges beschäftigt,¹⁹ insbesondere gehört es zu den unsterblichen Leistungen des Christentums, im Mittelalter und dann besonders in der frühen Neuzeit eine beeindruckende Lehre vom gerechten Krieg vorgelegt zu haben. So ist die Einteilung der Kriterien für einen gerechten Krieg nach Kriegsgrund, Kriegführung und Nachkriegspolitik schon bei Francisco de Victoria zu finden,²⁰ und sie ist, da sie den drei Zeitmodi entspricht, so einleuchtend, daß sie den folgenden Erörterungen zugrunde gelegt wird. Die beiden ersten Gesichtspunkte, die das *ius ad bellum* und das *ius in bello* betreffen, sind nur scheinbar wichtiger als der dritte, der in modernen Werken häufig vernachlässigt wird, so in Michael Walzers Buch,²¹ der bedeutendsten neueren Studie zu dem Thema, die durch einen klaren kategorialen Zugriff ebenso beeindruckt wie durch die Fülle an geschichtlichen Beispielen.

Es folgt unmittelbar aus dem Begriff des gerechten Krieges, daß nicht beide Seiten einen gerechten Kriegsgrund haben können; denn derjenige, gegen den ein gerechter Kriegsgrund besteht, hat eine moralische Pflicht, bezüglich der gegen ihn erhobenen Forderung, die gegebenenfalls mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden kann, nachzugeben. Kriege kann es nur geben, wenn mindestens eine Seite ungerecht handelt; ansonsten müßte man die These vertreten, daß auch in einer Welt, die nur aus gerechten Menschen besteht, diese in die Situation kommen könnten, einander töten zu müssen. Die Lehre vom gerechten Krieg gefährdet keineswegs die Ritterlichkeit des Kriege, sondern stellt ganz im Gegenteil eine Garantie dafür dar, daß man einen Krieg nicht beginnt, nur weil er im Interesse des eigenen Staates ist, denn die Gerechtigkeit des Krieges hängt unter anderem von der Gerechtigkeit der Kriegführung ab. Zudem

¹⁸ Vgl. die Schilderung der Erschießungen bei TOLSTOI, L.N.: *Krieg und Frieden*, Frankfurt a. M. 1953 f., IV, 1, 11, an der besonders beachtlich ist, daß Tolstoy für die Henker nicht minder Mitleid empfindet als für die Opfer, weil auch die Henker nur Rädchen im Getriebe der Verhältnisse sind.

¹⁹ Das Gefühl, daß Kriege einer besonderen Rechtfertigung bedürfen, haben viele Völker gehabt, in besonders ausgeprägtem Maße die Römer.

²⁰ VICTORIA, FRANCISCO DE: *De Indis recenter inventis et de jure belli Hispanorum in barbaros relectiones*, hrsg. von W. Schätzel, Tübingen 1952, S. 170.

²¹ WALZER, MICHAEL: *Just and unjust wars*, New York 1977.

ist mit der Lehre, daß nur eine Seite einen gerechten Krieg führen könne, dreierlei kompatibel: Erstens kann es natürlich Kriege geben, die von beiden Seiten aus ungerecht sind. Zweitens bedeutet die objektive Ungerechtigkeit eines Krieges keineswegs schon eine subjektive Schuld des auf der falschen Seite Kämpfenden, nicht einmal notwendig der Politiker, die die Entscheidung für den Krieg getroffen haben, weil diese teils in einer unmoralischen Sittlichkeit, teils in irrigen Annahmen über aggressive Absichten der Gegenseite befangen sein können: Putativnotwehr gibt es zwischen Individuen wie zwischen Staaten. A fortiori gibt es noch seltener eine moralische Schuld der Befehlsempfänger. Offiziere können nicht für die Kriegserklärung verantwortlich gemacht werden, allerdings durchaus für jene Verletzungen des *ius in bello*, die sie angeordnet haben. Soldaten, die derartige Befehle befolgen, können, wenn schwerste Strafen bei Kriegsdienst- oder Befehlsverweigerung drohen, sich zudem auf weitgehende Schuld minderungsgründe berufen. Gelangt aber jemand nach gewissenhafter Prüfung zu der Überzeugung, sein Staat führe einen ungerechten Krieg, hat er, sofern möglich, die Pflicht, den Kriegsdienst zu verweigern, ja das moralische Recht, sich auch auf widerrechtlichem Wege auf die andere Seite zu schlagen. Drittens ist das Urteil über die Gerechtigkeit eines Krieges insofern komplex, als mehrere Faktoren eine Rolle spielen, die keineswegs notwendig miteinander verknüpft sind. Das Opfer einer Aggression mag das *ius in bello* systematisch verletzen; der Aggressor mag ritterlich kämpfen; ein siegreiches Opfer kann eine unverantwortliche Nachkriegspolitik verfolgen. Auch kann die Gerechtigkeit eines Verteidigungskrieges aufgrund der Kriegführung verlorengehen, so daß man nicht wünschen kann, daß das Opfer siegt, weil es ungerechte Friedensbedingungen diktieren würde. In einem solchen Fall handelt es sich eben um den Fall eines beiderseits ungerechten Krieges. Allerdings geht es immer um die Abwägung des von beiden Seiten begangenen Unrechts. Viel schwieriger ist die moralische Bewertung jener, die auf ritterliche Weise in führender militärischer Stellung, aber ohne politische Entscheidungsgewalt in einem ungerechten Krieg gekämpft haben.

a) Gerechte Kriegsgründe

Die mit Abstand wichtigsten unter den moralischen Kriegsgründen sind Notwehr und Nothilfe. Aus ihnen ergibt sich unmittelbar die Legitimität einer Verteidigungspolitik, die den Zweck verfolgt, Angriffe abzuwehren bzw. möglichst durch deutliche Abschreckung und ausdrückliche Warnungen zu verhindern; denn die konkrete Gewaltanwendung sollte immer nur *ultima ratio* sein. Es ist sehr unplausibel, nur Privaten ein Recht zur Selbstverteidigung zuzugestehen, nicht aber Staaten, denn Staaten vertreten die Interessen von Privaten. Man könnte allenfalls einwenden, das moralisch Problematische an der Selbstverteidigung eines Staates sei die Wehrpflicht, da auch Personen, die selbst nicht unmittelbar bedroht seien, gezwungen würden, ihr Leben einzusetzen. Der Einwand ist nicht von der Hand zu weisen, doch kann man ihm entweder durch die Abschaffung der Wehrpflicht oder durch die Gewährung eines Rechts zur Emigration begegnen. Ein Notwehrrecht besteht im allgemeinen schon dann, wenn die Grenzen des eigenen Staats mit Gewalt überschritten werden, denn der moderne Staat ist wesentlich durch Territorialität bestimmt, ohne die die einzelnen Individuen nicht wirksam geschützt werden können.

Das Recht zur Selbstverteidigung impliziert keineswegs, daß jeder Staat eine Pflicht hätte, sich bis zum letzten Mann gegen Aggressionen zur Wehr zu setzen. Ganz im Gegenteil sollte eine realistische Hoffnung bestehen, das politische Ziel, das man sich gesetzt hat, zu erreichen, das Mittel der Gewaltanwendung sollte dazu erforderlich sein und es sollte möglichst in einem Verhältnis zu dem drohenden Übel stehen.²² Um zu entscheiden, ob diese Bedingungen erfüllt sind, muß das Militär gehört werden, das oft Risiken nüchterner einschätzt als die zivilen Politiker, auch wenn die Gewichtung der politischen Ziele nicht seine Aufgabe ist. Was die Erforderlichkeit betrifft, so kann es Fälle geben, in denen allein durch wirtschaftliche Sanktionen Dritter der Aggressor zu einem Rückzug zu bewegen ist; doch kann trivialerweise der unmittelbar Angegriffene nicht mit ihnen drohen, und auch die Dritten sollten verhindern, daß der Aggressor in der Zwischenzeit strategische Vorteile erlangt, die seine Stellung unanfechtbar machen.

Leichter als der Verzicht auf eine sinnvollerweise mögliche Notwehr ist die Verweigerung zwischenstaatlicher Nothilfe zu vertreten, denn der Einsatz des Lebens eigener Staatsbürger ist eine so schwierige Entscheidung, daß man jene Staatsmänner nicht ohne weiteres verdammen darf, die von dem Unrecht, das anderswo in der Welt geschieht, die Augen abwenden. Eine solche Reaktion ist besonders verständlich, wenn das angegriffene Land die Mitschuld an seiner Situation trägt, oder wenn kein Anlaß zu der Annahme besteht, es würde in einer entsprechenden Lage selbst Nothilfe leisten. Moralisch geradezu geboten ist eine zurückhaltende Politik, wenn ein Eingriff selbstmörderisch wäre. Allerdings gibt es zwei Situationen, in denen die Weigerung, Nothilfe zu leisten, moralisch kaum gerechtfertigt werden kann. So versteht es sich erstens von selbst, daß vertragliche Verpflichtungen einzuhalten sind, jedenfalls solange der eigene Bündnispartner keinen ungerechten Krieg führt; zudem besteht eine moralische Pflicht, Institutionen kollektiver Selbstverteidigung wie dem Völkerbund oder den Vereinten Nationen beizutreten und dann auch an ihren friedenserhaltenden und friedensschaffenden Maßnahmen teilzunehmen. Zweitens ist die Nothilfe im allgemeinen dann ein Gebot der Klugheit und der Verpflichtungen gegenüber dem eigenen Volke, wenn sie eine präventive Notwehr darstellt.

Eine klassische und zugegebenermaßen nicht leicht zu beantwortende Frage an die Vertreter der Theorie des gerechten Krieges betrifft den Präventivkrieg. Versteht man darunter die Vorwegnahme eines unmittelbar bevorstehenden, in Vorbereitung befindlichen, etwa mittels eines Ultimatums angekündigten Angriffs zu dem Zwecke, sich strategische Vorteile zu verschaffen, läßt sich an seiner Gerechtigkeit kaum zweifeln, auch wenn es kratisch klug sein kann, den Angriff abzuwarten, um der ganzen Welt zu zeigen, daß man selbst das Opfer ist; die Mobilisierung von Sympathien kann manchmal die militärischen Verluste durchaus aufwiegen. Allerdings ist der äußere Vorgang des Kriegsbeginns nur eine prima-facie-Evidenz für Aggression, nicht das letzte Kriterium.²³ Der terminologische Vorschlag ist erwägenswert, in einem solchen Fall von "präventiver Verteidigung" zu sprechen und unter "Präventivkrieg" die Antizipation möglicher späterer Angriffe zu verstehen, die aufgrund einer abweisenden Gesinnung der Gegenseite vermutet werden. Bei dieser Definition kann

²² So auch HARE, J.E./JOYNT, C.B.: *Ethics and International Affairs*. London/Basingstoke 1982, S. 57 ff.

²³ Dies ist auch im positiven Völkerrecht anerkannt; vgl. VERDROSS, A./SIMMA, B.: *Universelles Völkerrecht*. 3. Aufl., Berlin 1984, S. 288 f.

allerdings, je nach Möglichkeitsbegriff, nahezu jeder Krieg als Präventivkrieg ausgegeben werden.²⁴ Der Machtbesessene kann sich leicht einreden, alle Kriege bis zur Erringung der Weltherrschaft seien Präventivkriege. Um so dringlicher ist es, zwischen "präventiven Verteidigungskriegen" und "präventiven Angriffskriegen" zu unterscheiden, wenn man über eine ethisch brauchbare Sprache verfügen will; denn mit kaum einem Wort ist größerer Mißbrauch getrieben worden als mit "Präventivkrieg".

Gegen bloß mögliche Bedrohungen ist nur eines statthaft, nämlich Vorbereitung auf den Kampf durch Allianzen und Aufrüstung. Diese Drohung dient dem Zweck der Verhinderung des Krieges und ist daher gerechtfertigt, solange sie einhergeht mit der Bereitschaft zu wechselseitiger Abrüstung, zur Beschränkung auf reine Defensivwaffen, zu vertrauensbildenden Maßnahmen und zur Bildung von Organisationen kollektiver Sicherheit. Zu den vertrauensbildenden Maßnahmen im weiteren Sinne gehören in Friedenszeiten auch geheimdienstliche Aktivitäten, da diese gleichsam eine Form von Publizität in die internationalen Beziehungen bringen und die Angst vor dem Gegner beträchtlich mindern können.²⁵

Allerdings ist hinsichtlich der Lehre vom Präventivkrieg zuzugeben, daß es schwierige Grenzfälle gibt, von denen die Gefährdung des Gleichgewichts der Mächte wohl der wichtigste ist.²⁶ Beginnt die Bemühung um eine hegemoniale Stellung mit Angriffen auf kleinere Staaten, so haben diese ein Notwehr- und die anderen ein Nothilferecht, dessen Wahrnehmung in ihrem eigenen Interesse ist, denn die Einverleibung der kleineren Staaten stärkt den Aggressor für die Auseinandersetzung mit den größeren Nachbarn.

Die freiwillige Fusion zweier Staaten kann jedoch keinen Kriegsgrund liefern. Wenn ein Universalstaat das Ziel der Geschichte ist und wenn gleichzeitig die gewaltsame Bildung eines solchen zumindest unter den Bedingungen der Moderne nicht statthaft sein kann, dann kann es zur freiwilligen Fusion einzelner Staaten keine Alternative geben, zumindest wenn man sich nicht der Illusion hingibt, daß sich gleichzeitig alle Staaten zu einem Universalstaat vereinen würden. Zwar ist es politisch klug, denjenigen, die nicht an einer Fusion beteiligt sind, Garantien zu geben und insbesondere ihnen wenigstens mittelfristig einen Anschluß anzubieten; aber ein Vetorecht konnten die anderen europäischen Länder gegen die deutsche Wiedervereinigung ebensowenig haben wie Rußland gegen die Osterweiterung der Nato. Doch selbst wenn diese Gebote der Klugheit nicht erfüllt würden, erhielte die Gegenseite noch kein *ius ad bellum*, auch wenn es verständlich wäre, wenn die Staatsbürger des angegriffenen Staates, sollte es wegen einer Übermacht zu einem militärischen Schlag gegen ihn kommen, gegen die verfehlte Politik ihrer Regierung eine fast so starke Abneigung empfänden wie gegen die Aggressoren. Ein *ius ad bellum* gibt es selbst dann nicht, wenn die Erringung einer hegemonialen Stellung durch den durch Fusion entstandenen neuen Staat unvermeidlich ist, wenigstens solange dieser die anderen

²⁴ Darauf laufen HEGELS: *Ausführungen in der "Rechtsphilosophie" hinaus*. Werke in zwanzig Bänden, Frankfurt a.M.: 1969–1971., Bd. 7, §§ 335 f., S. 500 f.

²⁵ Manchmal können sie aber auch steigen und gerade dadurch nützlich sein. So berichtet HERODOT VII, S. 147 f., Xerxes habe drei aufgegriffene griechische Spione nicht nur begnadigt, sondern ihnen auch noch sein ganzes Heer zeigen lassen.

²⁶ Ein anderer betrifft die Aufrüstung mit Massenvernichtungsmitteln.

Staaten nicht direkt angreift, denn die Existenz eines Hegemons ist ebenso wie das Gleichgewicht der Mächte ein möglicher Garant des Friedens,²⁷ und auch wenn der einem Hegemon geschuldete Frieden mit bedeutenden Einschränkungen für die anderen Staaten einhergeht, kann er besser sein als eine Phase blutiger Kriege. Für vergangene Zeiten läßt sich sogar die These vertreten, daß eine aggressive, auf Erringung einer hegemonialen Stellung ausgerichtete Außenpolitik einen Beitrag zu einem langfristigen Frieden darstellen und sich als solchen verstehen konnte.²⁸ Wenigstens galt dies, solange der Aufstieg zur hegemonialen Rolle aufgrund der Unachtsamkeit der anderen und diverser Wechselfälle relativ leicht und unblutig vor sich gehen konnte. Aber wenn auch einige Aggressionen der Vergangenheit vielleicht entschuldigt werden können, ist die Zeit legitimer Expansion endgültig vorbei, seitdem sich die Menschheit zum Gedanken kollektiver Sicherheitssysteme erhoben hat.

Fraglich ist, ob auch die innenpolitische Struktur der kriegführenden Staaten ein Kriegsgrund sein kann. Das noch geltende positive Völkerrecht lehnt Interventionen, die nicht als Notwehr oder Nothilfe gedeutet werden können, aufgrund des Prinzips der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten ab.²⁹ Zwar spricht für dieses Prinzip, daß es erstens die Zahl der Konflikte mindern kann, daß zweitens Eingriffe von außen häufig kontraproduktiv sind und daß sie drittens fast immer nur in schwachen Staaten erfolgen können, nicht hingegen in den brutalsten, weil kräftigsten Unterdrückerstaaten. Aber die Auffassung, daß jenes Prinzip einen intrinsischen Wert habe oder gar absolut gelte, ist abwegig.³⁰ Die meisten Prinzipien des neuzeitlichen Völkerrechts ergeben sich aus der Übertragung zivilrechtlicher Prinzipien auf Staaten, die gleichsam den Platz von Personen einnehmen; dem Respekt der Autonomie des einzelnen entspricht das Prinzip der Nichteinmischung. Aber es ist unschwer zu sehen, daß der Parallelismus von der Wahrheit abführt. Denn zwar ist Selbstschädigung, auch wenn die nicht grundsätzlich zulässig ist, doch naturrechtlich wesentlich weniger problematisch als die Schädigung eines anderen, aber um letztere geht es, wenn die Exekutive eines Staates die eigene Bevölkerung mißhandelt. Gewiß handelt es sich dabei um eigene Staatsangehörige, aber doch um andere Menschen; und ihnen gegenüber besteht kein naturrechtliches Recht auf Mißhandlung, wohl aber ein Nothilferecht angesichts der Verletzung ihrer Menschenrechte.³¹ Freiwillige Assoziationen muß man in der Regel deswegen respektieren, weil sie aus der Assoziationsfreiheit des einzelnen entspringen, aber Staaten sind im allgemeinen keine freiwilligen Assoziationen.³²

Nur Staaten, die elementare naturstaatsrechtliche Prinzipien anerkennen, haben einen Anspruch auf die Respektierung ihrer Entscheidungen und auf den grundsätzlichen Verzicht auf jede Intervention. Die Absetzung eines blutrünstigen Tyrannen, der

²⁷ Vgl. die Unterscheidung dreier Typen des Friedens nach GLEICHGEWICHT: *Hegemonie und Imperium bei Aron, Frieden und Krieg*. Frankfurt a.M. 1963, S. 182 ff.

²⁸ Im 20. Jahrhundert hat Mao Tse-tung die These vertreten, der bevorstehende, unbarmherzigste aller Kriege diene der Abschaffung des Kriegeres..

²⁹ Dieses Prinzip ist in Art. 2,7 der Charta der Vereinten Nationen anerkannt, doch rechtfertigte die Resolution 688 des Sicherheitsrates vom April 1991 die humanitäre Intervention.

³⁰ Vgl. WALZER, a.a.O., S. 86 ff.

³¹ Daraus ergibt sich auch die Moral des Weltrechtsprinzips im Strafrecht.

³² Vgl. BEITZ, CH. R.: *Political Theory and International Relations*. Princeton 1979, S. 77; RAWLS, JOHN: *The law of peoples*. in: *On Human Rights*, ed. by St. Shute und S. Hurley, New York 1993, S. 41–82 und S. 220–230, S. 221 f.

sein eigenes Volk oder auch nur eine Minderheit mordet, durch eine fremde Macht kann dagegen schwerlich als ungerecht angesehen werden. Zwar ist es oft, vielleicht sogar meistens ein Gebot der Klugheit, von derartigen Aktionen abzusehen, und das Argument hat einiges für sich, ein Volk müsse erst durch einen Aufstand gezeigt haben, daß es selbst für seine eigene Freiheit zu kämpfen bereit sei, da die politischen Tugenden, deren eine freiheitliche Verfassung bedarf, nicht von außen oktroyiert werden können.³³ Aber das ändert nichts daran, daß der Vernichtung einer Bevölkerungsgruppe durch ihre legale Regierung untätig zuzuschauen weder die Betroffenen selbst noch irgend jemand im Innern oder im Ausland eine naturrechtliche Verpflichtung hat; und man kann nicht auf legitime Hilfe dort, wo sie möglich ist, nur deshalb verzichten, weil es Fälle gibt, in denen sie unmöglich ist, und weil man selbst dort, wo sie im Einzelfall möglich wäre, nicht allen Unterdrückten helfen kann.

Man versucht zwar bei Interventionen immer wieder dahingehend zu argumentieren, die Innenpolitik des entsprechenden Landes gefährde mittelfristig auch seine Nachbarn, und es ist sicher richtig, daß innere und äußere Aggressivität oft Hand in Hand gehen. Dennoch ist dieses Argument irreführend, auch wenn es bei dem gegenwärtigen Völkerrecht naheliegenderweise angeführt werden muß, wenn man eine Intervention zu rechtfertigen versucht, und daher eine wichtige strategische Rolle spielt. Es gibt erstens genügend Staaten, in denen sich die Machthaber mit der Niedermetzlung ihrer eigenen Bevölkerung durchaus begnügen würden, wenn man sie ließe, und die klein genug sind, um die Befürchtung auszuschließen, sie könnten andere Staaten angreifen, doch auch ihnen gegenüber besteht ein Naturrecht auf Intervention, von dem um so eher Gebrauch gemacht werden sollte, als dies angesichts ihrer Kleinheit weitgehend ohne Risiko möglich ist. Und zweitens ist selbst bei großen Staaten die Gefährdung der Nachbarn stets nur eine Möglichkeit; präventive Angriffskriege sind aber, wie wir gesehen haben, unmoralisch.³⁴ Auch die völkerrechtliche Selbstverpflichtung eines Staates zum Schutze der Menschenrechte ist keine notwendige Bedingung für die Legitimität einer Intervention gegen ihn, wenngleich sie diese erhöht.

Natürlich können Interventionen nur dann gerechtfertigt sein, wenn von der legalen Regierung die grundlegendsten Menschenrechte verletzt werden, also eine große Zahl Menschen ermordet oder versklavt wird; die militärische Intervention muß ferner erforderlich sein, um jene Menschen zu retten, Aussichten auf Erfolg haben, und ihre moralischen Kosten müssen in einem Verhältnis zu dem gewünschten Resultat stehen. Die moralische Rechtfertigung einer Intervention ist, *ceteris paribus*, noch leichter, wenn ein Bürgerkrieg tobt oder gar nur noch Anarchie herrscht; im letzteren Fall besteht gar kein Staat mehr, dessen Rechte verletzt würden. Ein zusätzliches Argument für eine Intervention ist eine erfolgreiche und moralisch legitime Sezession eines Teilgebietes. Zwar sind bei weitem nicht alle Sezessionen zu rechtfertigen, sondern nur die aus einem Unrechtsstaat, wenn aber gegen einen solchen grundsätzlich interveniert werden darf, dann *a fortiori* gegen einen Unrechtsstaat, von dem sich ein Teil der Bevölkerung schon zu lösen begonnen hat. Am besten ist in einem solchen Fall die Anerkennung des neuen Staates, dem man dann im Rahmen

³³ Vgl. hierzu MILL: *Considerations on Representative Government*, 1972, S. 173.

³⁴ KLEIN: a.a.O., S. 112.

der Nothilfe zu Hilfe kommen kann. Eine Intervention ist ferner eher zu rechtfertigen, wenn sie die Antwort auf die ungerechte Intervention eines anderen Staates darstellt.

Es ist nicht auszuschließen, daß man in Zukunft auch ökologisch begründete Interventionen diskutieren wird.³⁵ Sie haben eine merkwürdige Zwischenstellung zwischen den humanitären Interventionen und der Selbstverteidigung, denn bestimmte Formen der Umweltvernichtung wirken sich keineswegs nur auf den Staat aus, in dem sie vorgehen, sondern auf die ganze Welt; man denke an weitgehende Klimaveränderungen aufgrund der CO₂-Emissionen. Ein Land, das befürchten muß, durch einen Anstieg des Meeresspiegels überschwemmt zu werden, scheint zur Abwehr dieser Bedrohung mindestens ebenso sehr ein Recht auf Selbstverteidigung zu haben wie ein Land, das angegriffen wird und "nur" Gefahr läuft, seine politische Selbständigkeit zu verlieren. Allerdings hat der bedrohte Staat nur dann ein Recht, sich über die Umweltzerstörungen eines anderen zu empören, wenn er sich selbst an den ihm zustehenden Umweltraum hält und überproportionale Kosten der Umwelterhaltung in dem anderen Land mitzutragen willens ist; es ist aber durchaus zu befürchten, daß die zu derartigen Interventionen befähigten Staaten gerade die größten Umweltsünder sein werden. Zweitens müssen derartige Maßnahmen, sofern die fragliche Umweltzerstörung alle oder die meisten Staaten betrifft, von der Weltgemeinschaft sanktioniert sein; kein Staat darf bei einer Frage, die keineswegs ihn allein angeht, das Recht in die eigene Hand nehmen. Es bedarf nicht besonderer Hervorhebung, daß mehr noch als in den anderen Fällen Gewaltanwendung hier nur das allerletzte Mittel sein kann, dem lange Verhandlungen vorausgegangen sein müssen.

Geht man die genannten Kriterien durch, so wird man finden, daß es nicht viele legitime Interventionen gibt. Noch seltener werden die Fälle sein, in denen eine an sich gerechte Intervention dem eigenen Volk zugemutet werden kann.³⁶ Nicht zu rechtfertigen ist die militärische Intervention einer "höheren" Kultur in eine weniger entwickelte bloß aufgrund des Entwicklungsgefälles. Selbst gegenüber als Jägern und Sammlern lebenden Völkern gibt es kein generisches Recht auf Landnahme, so richtig es auch ist, daß die höhere Kultur wesentlich mehr Menschen zu ernähren vermag. Lediglich wenn die neuen Siedler den Eingeborenen den Status quo an Lebensmitteln und ein Überleben der zentralen Bestandteile ihrer Kultur garantieren, könnte eine derartige These diskutiert werden, zumal wenn sich die Auswanderer selbst in einer Notlage befinden und zu Hause nicht ernährt werden können, denn eine Invasion, um zu überleben, ist zu entschuldigen und sogar zu rechtfertigen, wenn den Angegriffenen das physische und kulturelle Überleben gewährleistet wird. Das Überleben der Kultur muß freilich von deren Mitgliedern gewollt sein. Ein Austritt einzelner aus einer archaischen Kultur darf nicht gegen deren Willen verhindert werden. Viele der in der Kolonialgeschichte geführten Kriege entbehrten allerdings auch nur des Scheins des Rechts.

³⁵ HOFMANN, HASSO: *Menschenwürde und Naturverständnis in europäischer Perspektive*, in: *Der Staat* 1998, S. 349–360.

³⁶ Das ändert sich, wenn ohnehin schon ein Verteidigungskrieg gegen einen Teile der eigenen Bevölkerung massakrierenden Staat geführt wird. Die Bombardierung der Zufahrtswege nach Auschwitz wäre alliierten Fliegern durchaus zumutbar gewesen und hätte das Leben vieler Juden, Zigeuner usw. retten können.

b) Gerechte Kriegführung

Clausewitz hat schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu Recht darauf hingewiesen, daß die Hoffnung trügerisch sei, die moderne Bildung würde zu einer Humanisierung der Kriege führen. Zweck des Krieges sei es, den gegnerischen Staat zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen; dazu seien zwar nicht, wie bei barbarischen Völkern, feindselige Gefühle, wohl aber feindselige Absichten unabdingbar, und diese würden sich gegenseitig bis zur äußersten Anstrengung aller Kräfte hochschaukeln. "Die Erfindung des Pulvers, die immer weitergehende Ausbildung des Feuergewehrs zeigen schon hinreichend, daß die in dem Begriff des Krieges liegende Tendenz zur Vernichtung des Gegners auch faktisch durch die zunehmende Bildung keineswegs gestört oder abgelenkt worden ist."³⁷ Zwar hat es einige Kriege gegeben, die praktisch keine Menschenleben gekostet haben, aber es handelte sich dabei um Schlachten, die zwischen Söldnerarmeen gefochten wurden, die keinen Haß aufeinander verspürten und von Offizieren geführt wurden, die kein Interesse an der Tötung der gegnerischen Soldaten hatten, da diese sogleich in der eigenen Armee angestellt werden konnten.³⁸

Die Demokratisierung der Politik hat die Kriege nahezu unvermeidlich blutiger gemacht, und der nationale Haß hat seit dem frühen 19. Jahrhundert den Partisanen- und Guerillakrieg hervorgebracht, der die klare Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten untergräbt, die Angel, um die sich die Theorie der gerechten Kriegführung dreht. Grundsätzlich kann man nur dort, wo beide Parteien damit rechnen können, von der Begrenzung der Gewalt zu profitieren, davon ausgehen, daß sie sich an Absprachen halten werden. Kriege zwischen kulturell heterogenen Völkern sind häufig besonders grausam, ebenso Kriege um Anerkennung; handelt es sich hingegen um begrenzte Interessenkonflikte innerhalb eines verwandten Wertsystems, läßt sich die Gewalt oft einschränken.

Diese skeptische Prognose über das Verhalten der Menschen ändert nichts an der moralischen Pflicht, bei der Kriegführung so wenig Blutvergießen wie nur möglich zuzulassen. Jede Gewaltanwendung, die über das zum Sieg unbedingt Erforderliche hinausgeht, ist unzulässig; und der Begriff des unbedingt Erforderlichen ist eng auszulegen. Clausewitz' berühmte These, der Krieg sei "eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln",³⁹ ist zwar insofern eine große Erkenntnis, als damit die Auffassung zurückgewiesen wird, der Krieg sei ein Selbstzweck; seine Formulierung, der Krieg habe "seine eigene Grammatik, aber nicht seine eigene Logik",⁴⁰ trifft durchaus das Wesentliche. Der Krieg muß politischen Zielen dienen; diese bestimmen die strategischen Grundentscheidungen, also diejenigen der Kriegführung mit, die selber wiederum den Rahmen für die Taktik festlegen, also für den Einsatz der Streitkräfte im einzelnen Gefecht. Aber was Clausewitz übersieht, ist, daß nicht nur die Logik der Politik, sondern auch die Grammatik des Krieges einer moralischen Beurteilung untersteht. Der Krieg ist kein neutrales Mittel der Politik, sondern eines

³⁷ CLAUSEWITZ: a.a.O., S. 193 f.

³⁸ Vgl. MORGENTHAU, H.J./THOMPSON, K.W.: *Politics Among Nations*. 6. Aufl., New York 1985, S. 392 f.

³⁹ CLAUSEWITZ: a.a.O., S. 210.

⁴⁰ CLAUSEWITZ: a.a.O., S. 991.

mit negativem intrinsischen Wert, und man muß daher die Ziele ändern, wenn der in Gestalt der Mittel zu zahlende Preis zu hoch ist. Der moralische Preis ist auf der Grundlage der präsumptiven Zahl der Toten und Verletzten nicht nur der eigenen, sondern auch der gegnerischen Seite zu berechnen. Zwar ist, nach der Entscheidung für den Kriegseintritt, während der Kriegshandlungen selbst die Minimierung des Risikos der eigenen Seite wenigstens solange Pflicht, als der eigene Erfolg auf dem Spiele steht. Man kann nicht leichthin die eigene Niederlage riskieren, wenn man einen gerechten Krieg zu führen glaubt. Aber das heißt nicht, daß alle Mittel erlaubt wären, um zu siegen; insbesondere sind die kriegsvölkerrechtlichen Grenzen im allgemeinen zu respektieren.

Walzer hat vier mögliche Bestimmungen des Verhältnisses von moralisch zu rechtfertigenden kriegserischen Maßnahmen zum positiven Kriegsvölkerrecht vorgechlagen, die in der Spannung zwischen einem eher kantianischen und einem eher utilitaristischen Rahmen stehen.⁴¹ Zwischen dem einen extremen Standpunkt, der eine Niederlage in Kauf nimmt, nur um die ritterlichen Aspekte des Kriegsvölkerrechts nicht zu verletzen⁴², und dem anderen Extrem, das positive Kriegsvölkerrecht immer dann zu mißachten, wenn dies der eigenen Sache dient, kann man sich zwei intermediäre Positionen vorstellen, einerseits ein allmähliches Aufgeben kriegsvölkerrechtlicher Standards im Laufe der Kriegführung, andererseits eine grundsätzliche Entscheidung zugunsten einer begrenzten Verletzung der Konventionen, um eine unmittelbar drohende Katastrophe abzuwehren. Manches spricht für die letzte Position; um die Unterwerfung unter einen totalitären Staat zu verhindern, kann man auch vom positiven Recht abweichen, wenn dies erforderlich ist und wenn das zugefügte Übel in einem angemessenen Verhältnis zu dem erreichten Gut steht. Es sind diese moralischen Grundsätze, die nicht zur Disposition stehen und insofern das geltende Kriegsvölkerrecht gewöhnlich ihrer Konkretisierung dient, gehört es respektiert. Aber es hat nur eine prima-facie-Geltung, weil sich die geschichtlichen Rahmenbedingungen so ändern können, daß seine unbedingte Beachtung den Aggressor begünstigt.

Das Kriegsrecht regelt, wer wen wann und wie töten darf. Grundlegend ist eine formale Symmetrie zwischen den beiden kriegführenden Parteien. Auch wenn in einem gerechten Krieg keineswegs beide Staaten moralisch gleichberechtigt sein können, gilt dies durchaus für die kämpfenden Soldaten; selbst bei manifester Gerechtigkeit der eigenen Sache kann kein Staat erwarten, daß seine eigenen Soldaten von der Gegenseite geschont werden, wenn er selbst keine Gefangenen macht. Was den Schutz von Leben und Gesundheit der Zivilisten angeht, so ist er unter den Bedingungen der modernen Waffentechnik und Kriegführung wesentlich schwieriger zu gewährleisten, als wünschenswert wäre. Die Herstellung von Waffen für die Armee kann kriegsentscheidend sein, und die Bombardierung derartiger Fabriken ist auch dann gerechtfertigt, wenn man mit ihr Zivilisten gefährdet, sofern nur die eigene Aktion insgesamt Menschenleben rettet. Dagegen ist der Angriff auf jene, die für die Armee Dinge herstellen, die für die ganze Bevölkerung auch in Friedenszeiten

⁴¹ WALZER: a.a.O., 231 f.

⁴² Ein Vertreter dieser Position ist Herzog Hsiang von Sung, über den sich Mao Tse-tung nur lustig macht; MAO TSE-TUNG: *Theorie des Guerillakrieges oder Strategie der Dritten Welt*. Reinbek 1966, S. 180: "Wir sind keine Menschen wie der Herzog Hsiang von Sung und haben für seine törichten Ehrbegriffe nichts übrig."

wesentlich sind, moralisch nicht zu vertreten. Insbesondere betreffen Belagerungen und Blockaden unmittelbar die Zivilbevölkerung. Der Abzug der Zivilisten aus einer belagerten Stadt wird in der Regel nicht zugelassen, weil dadurch die Lebensmittel für die eingeschlossenen Soldaten länger reichen würden, aber eine Erweiterung des Kriegsvölkerrechts in diese Richtung ist sicher eine sinnvolle Forderung.⁴³

Dem Schutz der Zivilisten entspricht auf zwischenmenschlicher Ebene der Respekt vor den Rechten der Neutralen. Es besteht im allgemeinen keine Pflicht, in einem gerechten Krieg Nothilfe zu leisten, und da grundsätzlich wünschenswert ist, daß unbetroffene und somit möglichst unparteiische Beobachter übrig bleiben, ist es sogar gut, wenn es während eines Kriegs Neutrale gibt, auch wenn die Entscheidung Dritter für die Neutralität nicht immer im unmittelbaren Interesse des sich verteidigenden Staates ist. Der Überfall auf einen Neutralen begründet *prima facie* einen ungerechten Krieg, auch wenn er von seiten eines angegriffenen oder Nothilfe leistenden Staates erfolgt; doch kann man sich äußerste Situationen vorstellen, in denen er gerechtfertigt werden kann.

Die gezielte Ermordung ziviler gegnerischer Regierungsmitglieder, die für einen ungerechten Krieg verantwortlich sind, ist moralisch unbedenklich, wenn damit der Krieg zu einem raschen Ende gebracht werden kann; es ist nicht einzusehen, warum Soldaten, die zum Teil gegen ihren Willen dienen müssen, mehr gefährdet sein sollten als diejenigen, die die Verantwortung für einen ungerechten Krieg tragen. Derartige Handlungen kann man "terroristisch" im weiteren Sinne nennen. Sie sind allerdings scharf von denjenigen zu unterscheiden, die sich gegen eine nicht weiter qualifizierte Zivilbevölkerung richten und unter keinen Umständen legitimiert werden können. Die Tötung unschuldiger Zivilisten eines Nachbarlandes, das Terroristen deckt, ist keine irgendwie diskutable Repressalie.

Nicht nur der Terrorismus gehört der merkwürdigen Grauzone zwischen Krieg und Frieden an; auch der Guerillakrieg ist in ihr anzusiedeln. Kämpfen nach der Kapitulation durch die legale Regierung einzelne weiter, so ist das keineswegs immer verwerflich und widerspricht auch nicht mehr positivem Völkerrecht; allerdings ist darauf zu bestehen, daß sie als Kombattanten erkennbar sind. Das moralisch Inakzeptable, weil unmittelbar Widersprüchliche am Phänomen der Guerilla ist, daß die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten einerseits aufgegeben wird, da der Guerillero von den Zivilisten ununterscheidbar ist, andererseits gleichzeitig von jener Unterscheidung profitiert wird, da vorausgesetzt wird, daß gegen Zivilisten anders vorgegangen wird als gegen Kombattanten. Der Guerillero ist gleichsam der Trittbrettfahrer dieser wesentlichen Unterscheidung, und daher erweckt das Phänomen der Guerilla ernste moralische Bedenken.

Der Sieg über eine Guerilla könnte dadurch erzielt werden, daß man durch den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln zwar nicht Kooperationswilligkeit erzeugte, aber doch die Bevölkerung weitgehend auslöschte. Doch liegt es auf der Hand, daß die modernen Massenvernichtungswaffen, die ähnlich wie die Guerilla den Unterschied zwischen Kombattanten und Zivilisten verwischen, nicht eingesetzt werden dürfen: Ihre Verwendung ist in den meisten denkbaren Fällen zutiefst unmoralisch. Die Frage, ob auch die Drohung mit Massenvernichtungsmitteln oder bereits ihr Besitz

⁴³ WALZER: a.a.O., S. 169 f.

unmoralisch ist, gehört zu den schwierigsten moralischen Problemen, die sich dem menschlichen Geist je gestellt haben. Die Frage, ob die Drohung, mit Atomwaffen zurückzuschlagen, falls man angegriffen wird, moralisch erlaubt ist, ist deswegen so schwer zu beantworten, weil eine Drohung nur dann glaubwürdig ist, wenn man bereit ist, sie wahrzumachen, falls die Gegenseite entsprechend handelt. Gleichzeitig ist aber die Tötung von Zivilisten in so umfassendem Maße, wie dies mit dem Einsatz von Atomwaffen verbunden ist, kaum zu rechtfertigen. Das Problem vergrößert sich, wenn man sich die Situation vorstellt, daß ein Staat den atomaren Holocaust androht, sollte man sich ihm nicht unterwerfen. Es ist immer wieder die These vertreten worden, daß bei einer solchen Verhaltensweise das Nachgeben die einzig moralische Verhaltensweise wäre. R. Aron verweist darauf, daß jemand, der wie B. Russell die größere Rationalität der Kapitulation angesichts einer solchen Drohung lehre, übersehe, daß nicht jede Drohung, gegenüber welcher man sich fest zeige, verwirklicht werde und daß zudem selbst der Ausbruch eines nuklearen Krieges nicht notwendigerweise zum Untergang der Menschheit führen müsse.⁴⁴ Ja, man kann hinzufügen, daß es zu jener schrecklichen Drohung höchstwahrscheinlich gar nicht kommen werde, wenn man von Anfang an zu verstehen gebe, daß man sich auf derartige Reflexionen gar nicht einlasse.

Dennoch kann der Philosoph sich keinem Denkverbot unterwerfen, und gegen Aron kann er einwenden, daß, selbst wenn der nukleare Holocaust nur eine schwache Möglichkeit sei, sein Unwert doch so hoch veranschlagt werden müsse, daß der moralische Erwartungswert der Alternative "Widerstand" unter allen Umständen viel geringer sei als derjenige der Alternative "Kapitulation". Dagegen wird man nur entgegnen können, daß auch die Kapitulation Risiken mit sich bringe. Wenn ein derartiges Verhalten Schule mache, werde bald der nächste Erpresser auftreten, ja vielleicht sogar mehrere gleichzeitig, so daß auch der Erwartungswert der zweiten Alternative stark fällt, weil auch sie mit der Möglichkeit des Holocausts angesteckt ist. Eines ist klar: Die Drohung mit Massenvernichtungswaffen kann nur in einer Übergangsperiode der menschlichen Geschichte akzeptabel sein, und keine Epoche muß sich dringender um die Errichtung universalstaatlicher Strukturen bemühen als diejenige, die am Rande des nuklearen Abgrunds taumelt.

c) Gerechte Nachkriegspolitik

Ziel des Krieges muß die Abwehr des Unrechts sein, das den Kriegsgrund darstellte. In extremen Fällen von Aggressivität kann der gerechte Sieger eine Garantie dafür verlangen, daß er nicht noch einmal angegriffen wird. Während die Abtretung von Gebieten unter den Bedingungen des modernen Nationalismus problematisch ist, weil sie meist gegen den Willen der ansässigen Bevölkerung erfolgt und letztere oft sogar vertrieben wird, ist die staatsrechtliche Umgestaltung des niedergeworfenen Staates legitim, wenn die neue Staatsform einerseits naturstaatsrechtlichen Prinzipien entspricht, andererseits eben dadurch eher zum Frieden prädisponiert wird. Sie kann für die Zivilbevölkerung ein viel größerer Segen sein als drückende Auflagen. Die Politik der Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg war auch kratisch absurd, weil sie

⁴⁴ ARON: a.a.O., S. 712.

Deutschland demütigte und es auf mehrere Generationen hinaus gequält hätte, ohne es doch empfindlich schwächen zu können. Sie erzeugte einen Haß, der zudem in der Lage war, bald gefährlich zu werden. Die Reparationen, die Deutschland auferlegt wurden, waren nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte Weltwirtschaft schädlich, und die einseitige Schuldzuweisung an ein Land, dessen Schuld groß, aber doch nicht so eindeutig war, daß die Kriegsgegner beanspruchen konnten, einen offenkundig gerechten Krieg zu führen, erschwerte die Annäherung an die Nachbarn, deren moralische Überlegenheitsgefühle nicht ohne weiteres ernst genommen werden konnten. Eine scharfe Unterscheidung zwischen der gegnerischen Regierung und dem besiegten Volke wurde nicht gemacht. Der Versailler Frieden konnte schwerlich als gerecht empfunden werden, und der Ernst der Niederlage wurde nicht durch eine Besatzung lebensweltlich erfahrbar gemacht, die zudem eine Vertrautheit mit den Errungenschaften moderner liberaler Verwaltungen hätte erzeugen können. Schließlich führte das schlechte Gewissen wegen dieses Krieges dazu, daß die einstigen Gegner am falschen Ort nachgiebig waren, nämlich Hitler gegenüber.

Dagegen ist die Nachkriegspolitik der Westmächte, insbesondere der USA, gegenüber Deutschland und Japan nach 1945 vorbildlich gewesen, sowenig sie auch ausschließlich moralischen Motiven entsprang und sosehr die Angst vor der Sowjetunion eine zentrale Rolle spielte. Die Besetzung der beiden Länder erwies sich als Wohltat für die Bevölkerung, weil sie den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen ermöglichte. In Japan schuf zudem die Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Kleinbauern und die Entflechtung der Großkapitalgesellschaften die Grundlagen einer größeren sozialen Gerechtigkeit. Auf Reparationsforderungen wurde verzichtet, der wirtschaftliche Wiederaufbau großzügig unterstützt. Den Verlierern des Krieges gelang binnen kurzer Zeit der Wiederaufstieg, während die Nachfolgestaaten der siegreichen Sowjetunion heute als späte Verlierer dastehen. Zwischen dem Volk und seiner verbrecherischen Regierung wurde deutlich unterschieden. Eine Integration der ehemaligen Kriegsgegner in gemeinsame supranationale Institutionen wurde energisch betrieben. Mit den Vereinten Nationen wurde ein Organ geschaffen, das dem Zweck der Kriegsverhinderung effektiver dienen sollte als der Völkerbund.⁴⁵ Mit symbolischen Gesten, mit Jugendaustausch, mit wirtschaftlicher Kooperation legten die westeuropäischen Völker die Grundlagen einer dauerhaften Versöhnung, die heute einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ebenso unwahrscheinlich erscheinen läßt wie schon vor achtzig Jahren einen Krieg zwischen Bayern und Preußen.

Von besonderem Interesse ist die Frage, ob Kriegsverbrecherprozesse moralisch berechtigt sind. Sie ist entschieden zu bejahen. Zwar ist es richtig, daß derartige Prozesse den Geschmack der Siegerjustiz haben können und daß z.B. nach dem Zweiten Weltkrieg alliierte Verletzungen des *ius in bello* nicht geahndet wurden. So hat sogar Kant, der wahrlich für eine Moralisierung der Politik plädiert hat, die These vertreten, mit dem Friedensschlusse sei eine Amnestie verbunden, und der Sieger dürfe zwar viele Forderungen stellen, aber doch nicht den Krieg des Gegners für ungerecht ausgeben, weil dies eine Beleidigung bedeute.⁴⁶ Aber Kant schrieb zu einer Zeit, als

⁴⁵ HOBE, STEPHAN: *Der kooperationsoffene Verfassungsstaat*. in: *Der Staat* 1998, S. 521–546.

⁴⁶ KANT: *Metaphysik der Sitten* § 58. S. 472.

noch ein generisches Souveränitätsrecht zum Kriege anerkannt wurde. Diese Auffassung war 1945 teils schon aufgegeben, teils war ihre Überwindung das Ziel der neuen Entwicklung des Völkerrechts, so daß die Vorbereitung eines Angriffskrieges, die in jedem Fall dem Naturvölkerrecht widerspricht, mit Recht bestraft werden konnte. Hinzu kamen die Verletzungen des *ius in bello*, die man nicht straflos ausgehen lassen kann, wenn man mit gutem Gewissen viel kleinere Delikte wie Diebstähle bestrafen will. Auch die abschreckende Wirkung derartiger Prozesse sollte nicht unterschätzt werden, denn obgleich es richtig ist, daß bei Kriegsteilnehmern die Angst vor dem Tode, und da *fortiori* vor geringeren Strafen, selten ein starkes Motiv ist, so spielt doch eine eigenwillige Auffassung von Ehre eine bedeutende Rolle, und kein Möchtegernheld lebt gerne mit dem Risiko, später als Verbrecher zu gelten, selbst wenn er militärisch erfolgreich gewesen sein sollte. Recht ist nur das, was erzwungen werden kann; ohne die Ausbildung eines Völkerstrafrechts kann das Völkerrecht nicht "Recht" im vollen Sinne des Wortes genannt werden. Allerdings muß ein formal überzeugendes Völkerstrafrecht die Mängel der Kriegsverbrecherprozesse von Nürnberg und Tokio vermeiden; insbesondere müssen die Strafrichter aus Staaten stammen, die selbst nicht Krieg geführt haben.

Ein entscheidender Schritt in diese Richtung ist inzwischen getan. Fünfzig Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Völkermordkonvention verabschiedete die diplomatische Staatenkonferenz der Vereinten Nationen im Juni 1998 das Gründungsstatut des Internationalen Strafgerichtshofs, der seinen Sitz in Den Haag hat. Das Statut sieht die internationale Verfolgung der vier Kernverbrechen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Angriffskrieg vor.⁴⁷

KARL-HEINZ KREUTZ

A KÜLPOLITIKA ERKÖLCSI ALAPELVEI

(Összefoglalás)

A német szerző egy örökzöld téma feldolgozását végzi el, ami hálás feladat a téma fogalmi gazdagsága miatt, és folytonos aktualitása sem lehet kérdéses. A tanulmány elsősorban a háborúk viselésével kapcsolatos néhány etikai probléma kifejtésére helyezi a hangsúlyt. Először a békeidőben tanúsított külpolitika etikai szempontjait veszi górcső alá, kiemelve, hogy egy állam kulturális meghatározottsága milyen döntő befolyást gyakorol külpolitikájának minőségére is, ami kivált egy háborús helyzetben tanúsított magatartásforma esetén szembeötlő.

⁴⁷ KINKEL, KLAUS: *Der Internationale Strafgerichtshof – ein Meilenstein in der Entwicklung des Völkerrechts*. in: Neue Juristische Wochenschrift 1998, S. 2650 f.

A szerző kiemelten foglalkozik a külpolitika etikai meghatározottsága során a gazdaság és a környezet szerepével. Ismert és kevésbé ismert attitűdök árnyalt és rendszerszemléletű elemzését adja a gazdaság és a külpolitikai etika kapcsolatáról szólva.

Nagy hangsúlyt helyez a jogszerűen vívott háborúk etikai szempontú elemzésére. Ennek során behatóan tárgyalja a jogszerű háborúindítás lehetőségét, az itt szóba jöhető okokat. Olvashatunk a már megindult háború során tanúsítandó jogszerű és etikus magatartás szabályairól, pontosabban elvárásairól. Végül foglalkozik a szerző azzal a kérdéssel is, hogy milyen etikai szempontok alapján kell a háború lezárása utáni állapot rendezését kezelni.

A tanulmány egyszerre érinti a nemzetközi jog és a jogfilozófia területeit, de egyik illetékességi körét sem tekinti kizárólagosnak az egyes kérdések megválaszolása során. A címben is jelzett etikai megközelítés mégis mindenképpen az erkölcsi szempont dominanciáját jelenti, amely végigvonul az egész munkán, így annak fő karakterisztikumát adja.

